Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 124 — **Dienstag, den 20. Oktober 1931** — **33. Jahrg.**

Donnerstag, den 22. Oktober, 14 Uhr,

Mütterberatungsstunde

im Bürgersaal.

Kemberg, den 19. Oktober 1931.

136] **Der Magistrat.**

Gegen Inflationspolitik.

Der Kampf der Regierung Brüning ist zum großen Teil zu einem Abwehrkampf gegen Inflationswünsche geworden. Man hat festgestellt, daß in einer gewissen Periode der deutschen Inflation Ausfuhrerleichterungen großen Stils vorlagen. Es gehört zu der begrifflichen Unsicherheit unseres wirtschaftspolitischen Denkens, daß man in der öffentlichen Erörterung fast ohne Widerspruch diese Erfahrungen verallgemeinern darf. Man vergißt, daß die künstliche Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufs in Deutschland, das Ergebnis der Kriegsfinanzierung, zunächst zu einer recht erheblichen Erschwerung der Ausfuhr geführt hat. Wenn bei gleichbleibendem Warenangebot die Umlaufsmittel vermehrt werden, steigen die Warenpreise. Wenn die Warenpreise steigen, verkauft sich die Ware bekanntlich nicht leichter, sondern schwerer. Die ausländischen Wechselkurse müssen sich deshalb nach einer gewissen Zeit der Preisbewegung auf dem inneren Markte anpassen. Wenn beispielsweise infolge der Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufs das allgemeine Preisniveau in Deutschland um 10 Prozent gesteigert wird, wird die Ausfuhr entsprechend sinken, die Einfuhr entsprechend steigen, und durch diese Verschiebung von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt wird die deutsche Valuta so weit heruntergedrückt, daß die Kaufkraftparität wiederhergestellt wird.

Das ist im günstigen Falle der Verlauf einer Inflation, wie sie jetzt vielfach vorgeschlagen wird. Das, was die Inflationsfreunde sich hinsichtlich des Exports versprechen, beruht auf den Erfahrungen der letzten Periode der deutschen Inflationszeit. In dieser letzten Periode sank nämlich der äußere Kurs der Mark schneller als die innere Kaufkraft, d. h. die Kaufkraftparität wurde nach der anderen Seite hin gestört, als eingangs geschildert wurde. Die Mark war billiger im Ausland zu haben, als ihrer inneren Entwertung entsprach, und deshalb war es für den Ausländer ein gutes Geschäft, Markbeträge billig zu kaufen, um sie in Deutschland zum Einkauf von Waren, Effekten, Grundstücken zu benutzen, deren Preise noch nicht so gestiegen waren, wie es dem äußeren Kurs der Mark entsprochen haben müßte. Dieser Ausverkauf Deutschlands, der sich — um noch einmal daran zu erinnern — keineswegs nur auf Exportartikel, sondern auch auf Effekten, Grundbesitz usw. erstreckte, war die Folge eines Valutadumpings, d. h. des Vorauseilens der äußeren Entwertung der Mark vor der inneren. Wie kam dieses Vorauseilen zustande? — In der ersten Periode der deutschen Inflation ging die innere Entwertung der Mark schneller als die äußere, in der zweiten die äußere schneller als die innere. In dieser zweiten Periode waren wir nämlich auf Grund unserer Reparationsverpflichtungen gezwungen, dauernd deutsche Mark im Ausland anzubieten, denn wir zahlten damals nicht in Mark, sondern in fremder Währung. Wir waren mithin gezwungen, die Mark gewissermaßen zu verschleudern, und drückten deshalb den äußeren Kurs so stark, daß ein Valutadumping dabei entstand.

Ein Vorteil der Inflation, über den man allerdings in Interessentenkreisen nicht gern spricht, ist die allmähliche Entwertung von Schuldverpflichtungen. Wir glauben, daß es genügt, auf die Erschütterung des Vertrauens hinzuweisen, die ein einmaliges Experiment in Deutschland, aber auch außerhalb Deutschlands bewirkt hat. Die Wiederholung dieses Experiments wäre geeignet, das Vertrauen zum Kreditwesen endgültig zu zerschlagen und damit den Wiederaufbau der Wirtschaft völlig unmöglich zu machen.

Es ist verständlich, daß in einer Deflationsperiode die Nachteile der Deflation so stark in die Erscheinung treten, daß manche Kreise sich nach dem Gegenteil sehnen. Gewiß ist die Deflation nicht minder gefährlich als die Inflation. Inflation bedeutet allmähliche Enteignung aller Markgläubiger zu Gunsten der Produktionssphäre. Deflation bedeutet Schrumpfung der Produktionssphäre, damit Arbeitslosigkeit. Schrumpfung der Staatseinnahmen usw. Die Wirkungen der Deflation zeigen sich jetzt so mächtig, daß man allen Grund hat, davor zu warnen, aus einer Deflationspsychose heraus das Gegenteil, nämlich die Inflation, zu fordern. Diese Deflation, die wir jetzt erleben, wäre nämlich ohne die Inflation, die wir früher erlebt haben, nicht in dem Maße gekommen. Die Inflation hat das Vertrauen in die Sicherheit des Gläubigers schwer erschüttert, und diese Erschütterung ist einer der wichtigsten Gründe dafür, daß das Kreditvolumen kleiner ist, als es unseren Bedürfnissen entspricht. Würde man jetzt das Experiment der Inflation wiederholen, dann würde man in absehbarer Zeit mit einem noch kleineren Kreditvolumen auszukommen gezwungen sein und einen vorübergehenden vermeintlichen Vorteil in der Produktionssphäre, einen Vorteil auf kurze Sicht, mit einem unerhört schweren Nachteil auf lange Sicht, nämlich mit der endgültigen Zerstörung des Personal- und Realkredits erkaufen.

Preußischer Landtag.

Reden Severings und Grimmes.

Berlin, 17. Oktober.

Im Preußischen Landtag nahm im Verlauf der politischen Aussprache

Innenminister Severing

das Wort, um sich mit den Oppositionsrednern auseinanderzusetzen. Der Minister wandte sich scharf dagegen, daß man ihm im Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit der Beamten beim Volksentscheid Wortbruch vorgeworfen habe. Ohne ihre Grundeinstellung zu ändern, habe die Regierung verlangen müssen, daß die Beamten, da die Verhältnisse beim Volksentscheid ganz anders gewesen seien als beim Volksbegehren, es sich drei und vier Mal überlegen sollten, ob sie an dem Volksentscheid teilzunehmen hätten.

„Wir können", so fuhr der Minister fort, „in diesem Winter keine Wahlen machen, weil dann nicht politische Programme und Weltanschauungen den Wahlkampf beherrschen würden, sondern Revolver, Dynamit und ähnliche Mittel. Gerade die Polizeioffiziere und Beamten würden bei solchen Vorfällen ihr Leben aufs Spiel setzen. Wer auf den Polizeischulen diese Zusammenhänge nicht erkannt hat, der ist ungeeignet, auf den Nachwuchs der Polizei im pädagogischen Sinne einzuwirken. Solange ich auf diesem Posten stehe, wird von dieser Auffassung nicht einen Millimeter abgegangen werden."

In der weiteren Debatte äußerte sich

Kultusminister Grimme

über die Sparmaßnahmen im preußischen Schulwesen. Niemand beklage die Auswirkung der Notverordnung auf diesem Gebiete mehr als er selbst. Er habe versucht, die Sparmaßnahmen auf das mindestmögliche Maß zu beschränken. Aber auch ein Kultusminister könne nur arbeiten im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Gesamtbedingtheiten des Staates.

Er sehe die größte Gefahr der Notverordnung in voller Uebereinstimmung mit der Oeffentlichkeit darin, daß eine Generation von Lehrern auszufallen drohe, die dem Lebensalter nach der Jugend am nächsten stehe. Sein Grundsatz sei gewesen, soviel junge Lehrer wie nur möglich in der Arbeit zu erhalten.

Brünings Sieg im Reichstag

294 Stimmen gegen 270.

Auf der Tagesordnung stehen in Zusammenhang mit der fortgesetzten Aussprache über die Regierungserklärung u. a. auch die Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten. In der weiteren Aussprache nimmt zunächst

Abg. Rippel (Chr.-Soz.)

das Wort und erklärt: Die grenzenlose Not ist der beste Schrittmacher der radikalen Flügelparteien. Der Reichskanzler hat in seiner Rede bestätigt, daß die bisherigen Maßnahmen der Regierung dazu dienten, die Selbstkosten der Wirtschaft zu verringern und die Aufgaben der öffentlichen Hand herabzusetzen. Wir lehnen es ab, in ein Reparationsfaß ohne Boden zu opfern und die Steuern des Volkes durch Verwaltungskosten verschlingen zu lassen. Wir können in dieser Notzeit den Klassenkampf, der von rechts proklamiert wird, nicht ertragen. Wir brauchen eine Arbeitsgemeinschaft, in der auch die Gewerkschaften aller Richtungen vertreten sind.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.)

erklärt, das Kabinett Brüning, das sich bei seinem ersten Regierungsantritt als ein Kabinett der Frontsoldaten vorgestellt habe, habe innen- und außenpolitisch völlig bankrott gemacht.

Abg. Mollath (Wirtschaftsp.)

verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es zunächst heißt, das Kabinett ist nur unzureichend durch Personen ergänzt, die das Vertrauen der nationalen Front und der Wirtschaft besitzen. Deshalb haben wir schwere Bedenken gegen das Kabinett, und auch der Reichspräsident kennt wohl diese grundsätzlichen Schwierigkeiten und Bedenken und wird im gegebenen Zeitpunkt eine Aenderung des Systems erzwingen, wenn die Zusagen einer grundsätzlichen Systemänderung nicht innegehalten werden.

Wir werden das Kabinett trotz aller Bedenken tolerieren. (lebh. Abrufe rechts und bei den Komm.) Wir tun diesen Schritt nur, nachdem uns der Kanzler zugesichert hat, eine grundsätzliche Wandlung in der Politik einzuleiten.

Unter großer Unruhe im Hause und während die Abgeordneten der Rechten den Saal verlassen, nimmt dann

Reichskanzler Dr. Brüning

das Wort, um, ohne polemische Erklärungen abgeben zu wollen, zu der Aussprache Stellung zu nehmen. Ich habe, so erklärt er, zu Beginn dieser Aussprache die Linie der Reichspolitik auseinandergesetzt. Die Regierung wiedersetzt sich keineswegs einem Antrage, eine Reihe von formulierten Vorschlägen auf Abänderungen der Notverordnung einem Ausschuß zu überweisen. Wir halten nicht in dem Sinne an einer Linie fest, daß wir glauben, nun in jedem einzelnen Punkt einer Notverordnung Recht zu haben.

Wir sind nur der Ueberzeugung, daß an den wesentlichen Dingen, die für das Wirtschafts- und Finanzsystem die festen Klammern liefern, nicht gerüttelt werden darf.

Ich habe in der Aussprache keine andere Gesamtlösung vernommen als die von der Regierung vorgezeichnete. Ich danke allen Aussprachereднern und insbesondere auch dem Führer der Nationalsozialistischen Partei für die Vornehmheit, mit der sie sich meiner Person gegenüber bei aller Kritik eingestellt haben.

Das ist zweifellos auch eine Besserung gegen früher. Hoffentlich wird sie bis in die kleinsten Versammlungen hinausgedehnt (Beif. i. d. Mitte), so daß wir nicht Maßnahmen nötig haben, die wir bestimmt nicht aus Genuß in die Notverordnung hineinnahmen. Es ist auch keine Freude, der Presse Zwangsauflagen zu machen, und ich wünsche den Tag heran, wo es durch freiwillige Selbstkontrolle der Presse möglich sein wird, auf solche Dinge zu verzichten (Beifall in der Mitte).

Man mag mich ruhig angreifen, das soll mich nicht stören. Ich habe mit Bewußtsein in den letzten Wochen nicht mehr in der Oeffentlichkeit gesprochen, weil ich sonst in so scharfer Form gegen die Intrigen und Gehässigkeiten hätte Stellung nehmen müssen, daß ich vielleicht vieles für die Zukunft zerschlagen hätte. Die Linie, die gegangen werden muß, wenn Deutschland gerettet werden soll, wird doch immer eine Linie des Ausgleichs und nicht der Unterdrückung nach der einen oder anderen Seite sein. Ich mußte daher die parteipolitische Basis dieses Kabinetts verengen und gleichzeitig den Herrn Reichspräsidenten vorschlagen, einen Wirtschaftsbeirat zu bilden.

Trotz aller Unpopularität mußten wir den Mut haben, unseren Weg zu gehen. Wenn man an das Erfüllen ohne ausländische Kredithilfe geht, so wird es sich zeigen, daß es nicht möglich ist, in dieser Form und Höhe Reparationen zu bezahlen.

Denkschriften und Reden werden die Welt nicht von der Notlage Deutschlands überzeugen. Es überzeugt allein, wenn eine Regierung den Mut hat, ihre Karten aufzudecken und nicht zu sagen, daß sie mit allem Auferlegten mit einem Schlage brechen will.

Wenn Hitler mutig genug ist, mir die nationale Gesinnung nicht abzusprechen, so frage ich, was hindert dann vier Fünftel dieses Hauses, sich einmal zu entschließen, für ein paar Monate Parteipolitik beiseitezulassen und nur darüber zu reden, wie das Vaterland gerettet werden kann, um endlich Glück und Freiheit zu schaffen (Anh. Beifall und Händeklatschen bei den Regierungsparteien).

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.)

verliest in Anwesenheit der Rechten eine Erklärung, in der u. a. betont wird: Ein Weiterregieren dieses Kabinetts und eine neue Ausschaltung des Reichstags würde eine außen- und innenpolitische Lage von so tragischer Schwere schaffen, daß ein Abgleiten Deutschlands in chaotische Zustände unvermeidlich wäre. Der Mißerfolg der mit nie dagewesenen Vollmachten ausgestatteten Regierung des Kanzlers Brüning liegt klar vor Augen. Er scheiterte, weil er sich aus der Abhängigkeit von der Sozialdemokratie nicht zu befreien vermochte.

Der Bankerott der Außenpolitik ist in erschütternder Weise zutage getreten. Wir erklären erneut, daß wir neue internationale Lasten und Bedingungen, die diese Regierung übernimmt, nicht anerkennen. Die Verantwortung für die Uebernahme solcher Verpflichtungen würde denen zur Last fallen, die diese Regierung stützen.

Wir lassen uns jedenfalls nicht von dem klaren Weg abbringen, auf dem wir Deutschland aus dieser Kerenski-Periode der Halbheiten, aus dem bürokratischen Despotismus dieses Verordnungsstaates in eine starke Zukunft hinüberführen werden (starker Beif. b. d. Dnat. und Nat.-Soz.).

Es folgen die mit größter Spannung erwarteten

Abstimmungen.

Das Haus füllt sich nahezu bis auf die letzten Plätze. Es wird zunächst abgestimmt über die Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten gegen die Reichsregierung.

Mit der nationalen Opposition stimmen für diese Anträge die Kommunisten, der größte Teil des Landvolks, die meisten Mitglieder der Deutschen Volkspartei, die Sozialistische Arbeiterpartei. Dagegen stimmen mit den Regierungsparteien (Zentrum, Bayerische Volkspartei, Staatspartei, Konservative Volkspartei), die Sozialdemokraten, die Wirtschaftspartei, die Christlich-Sozialen, die Volksnationalen und der Bayerische Bauernbund. Enthaltungskarten geben u. a. die deutschhannoverschen Abgeordneten ab. Die Mißtrauensanträge werden mit 294 Stimmen gegen 270 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. (Beif. b. d. Reg.-Parteien.)

Abg. Dingeldey (Dt. Volksp.) gibt eine Erklärung ab, wonach die DVP. es, nachdem sie durch die erste Abstimmung ihre Haltung zum Ausdruck gebracht habe, ablehne, kommunistischen Demonstrationsanträgen zuzustimmen. Im selben Sinne äußert sich Abg. Döbrich (Ldv.).

Das Haus geht dann zur namentlichen Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald über.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819311020-11/fragment/page=0001

Nach Mitteilung des Präsidenten sind zu dieser Abstimmung 577 Karten abgegeben, so daß danach der Reichstag vollzählig versammelt sein müßte. Da aber bekannt ist, daß einige Abgeordnete u. a. wegen Krankheit nicht anwesend sein können, muß ein Fehler bei der Zählung vorliegen.

Das vorläufige Abstimmungsergebnis lautet auf 326 Stimmen gegen und 235 Stimmen für diesen Mißtrauensantrag; 16 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Starke Mehrheit gegen Auflösung.

Zur Entscheidung steht dann der von den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen und den Kommunisten eingebrachte Antrag auf Auflösung des Reichstags und Ausschreibung von Neuwahlen. Für die Reichstagsauflösungstimmen 252, gegen die Auflösung 320 Abgeordnete. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Notverordnung bestätigt.

Der von den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten eingebrachte Antrag auf Aufhebung der gesamten Notverordnungen wird mit 336 gegen 233 Stimmen abgelehnt.

Wieder Auszug der Rechten.

Die Aufhebung der letzten Notverordnung vom 6. Oktober wird mit 302 gegen 247 Stimmen bei 20 Enthaltungen abgelehnt.

Im Anschluß daran erklärte Abg. Dr. Frick (Natsoz.), nach dem Verlauf der Verhandlungen hätten die Nationalsozialisten kein Interesse mehr an den parlamentarischen Beratungen. Sie würden den Reichstag verlassen und außerhalb des Parlaments daran arbeiten, die letzten Stützen dieses Systems zu zerbrechen.

Abg. Gottheiner (Dnat.) schloß sich für die Deutschnationalen und die drei Dissidenten aus der Landvolkpartei der Erklärung von Dr. Frick an.

Die Mitglieder der Rechtsopposition verließen darauf unter großer Unruhe des Hauses den Saal.

Der kommunistische Antrag auf Einstellung der Youngzahlungen und auf Austritt aus dem Völkerbund wurde darauf gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Vor der Abstimmung über die weiteren Anträge vertagte sich das Haus bis 8.15 Uhr, um inzwischen dem Aeltestenrat Gelegenheit zu einer Sitzung zu geben.

Wiederzusammentritt erst im Februar

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurden der kommunistische und der nationalsozialistische Antrag auf Einstellung der Polizeikostenzuschüsse an die Länder gegen die Antragsteller abgelehnt, desgleichen der kommunistische Antrag auf Maßnahmen gegen Brotpreiserhöhung.

Ein kommunistischer Antrag, der die Einstellung der Panzerkreuzer-Bauten und die Verwendung der so ersparten Mittel für Kinderspeisung verlangt, wurde im Hammelsprung mit 211 Stimmen der Sozialdemokraten beider Richtungen und Kommunisten, die wegen des Fehlens der Rechts-Opposition die Mehrheit haben, gegen 171 Stimmen angenommen.

Ein kommunistischer Antrag auf Einstellung der Abfindungszahlungen an die Fürsten wurde abgelehnt. Ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf, der das gleiche Ziel verfolgt, wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

Angenommen wird ein sozialdemokratischer Antrag, der Maßnahmen zur Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung verlangt, ferner ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, der Maßnahmen gegen überhöhte Kartellpreise verlangt.

Ein sozialdemokratischer Antrag ersucht die Reichsregierung, Pläne und Forderungen auf Beseitigung oder Aushöhlung des Tarifrechts abzulehnen, insbesondere die Angriffe auf die Unabdingbarkeit des Tarifvertrags abzuwehren. Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 319 gegen 80 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.

Nach Erledigung einer ganzen Reihe von Anträgen unterbreitet Präsident **Loebe** dem Hause den Wunsch der Reichsregierung, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen des Stillhaltekonsortiums den Reichstag bis zum 1. Februar 1932 zu vertagen.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde der Wiederzusammentritt des Hauses auf den 23. Februar 1932 festgesetzt.

Wie die Mittelparteien gestimmt haben.

Enthalten haben sich bei der Abstimmung die drei Deutsch-Hannoveraner. Bei der Deutschen Volkspartei haben fünf Abgeordnete gegen die Mißtrauensanträge gestimmt, und zwar die Abgeordneten Dr Kahl, Olazel, Thiel, Dr. Kalle und Dr. von Kardorff. Die Abgeordneten Dr Moldenhauer und Dr. Schneider-Dresden haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Das Landvolk hat bis auf die Abgeordneten Schlange-Schöningen und Dorsch-Hessen für die Mißtrauensanträge gestimmt Der Abgeordnete Schlange-Schöningen hat gegen die Mißtrauensanträge gestimmt, der Abgeordnete Dorsch hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Die Wirtschaftspartei hat geschlossen gegen die Mißtrauensanträge gestimmt.

Ergebnis der Reichsbahnanleihe.

Bisher 170 Millionen gezeichnet.

Berlin, 17. Oktober

Das Zeichnungsergebnis für die steuerfreie Reichsbahnanleihe stellt sich bis zum 15. Oktober auf 170 Millionen Reichsmark.

Das endgültige Ergebnis steht noch nicht fest, da Zeichnungsschluß der Anleihe erst der 1. Dezember des Jahres ist. Es kann somit, wie in unterrichteten Kreisen betont wird, durchaus mit einem günstigen Ergebnis der Auflegung der Anleihe gerechnet werden, da bisher zweifellos im wesentlichen solche Personen gezeichnet haben dürften, die von der Steueramnestie Gebrauch machen wollten, die am 15. Oktober ablief. Das Ergebnis der Anleihe soll für die Vergebung von Aufträgen durch die Reichsbahn, und damit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen. Die Reichsbahn hatte ein zusätzliches Arbeitsprogramm mit einem Aufwand von 100 Millionen RM ausgearbeitet, das durchzuführen sie nunmehr in der Lage sein wird.

Deutsch-französischer Wirtschaftsausschuß.

Brüning Vorsitzender, Trendelenburg Stellvertreter.

Berlin, 18. Oktober

Das Reichskabinett trat zu einer Sitzung zusammen, um Beschluß zu fassen über die Bildung des Deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses, über den in der letzten Zeit mit der französischen Regierung eingehend verhandelt worden war. Die deutsche Regierung wird den Ausschuß entsprechend dem französischen Muster bilden. Auch dieses Muster ist vereinbart worden.

Reichskanzler Dr. Brüning wird in seiner Eigenschaft als Außenminister den Vorsitz des Ausschusses führen. Die ständige Stellvertretung liegt in den Händen des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Trendelenburg, der ein ausgezeichneter Kenner der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen ist, und der vor allem maßgebend an den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen beteiligt war.

Vom Reichswirtschaftsministerium wird dem Ausschuß noch angehören Ministerialdirektor Posse, der ebenfalls die Reichsregierung bei den Handelsvertragsverhandlungen ständig vertreten hat. Das Reichsfinanzministerium delegiert Ministerialdirektor Ernst als den Leiter der Zollabteilung. Vom Reichsarbeitsministerium wird Ministerialdirektor Sitzler im Ausschuß vertreten sein. Vom Reichsernährungsministerium Ministerialdirektor Streil und vom Reichsverkehrsministerium Ministerialdirigent Königs. Die Leitung des Generalsekretariats hat Ministerialdirektor Dr. Ritter vom Auswärtigen Amt. Die Liste der übrigen Wirtschaftsvertreter ist ebenfalls aufgestellt worden. Das Kabinett hat sich alsdann mit der Bildung des Wirtschaftsbeirates befaßt und wird dem Reichspräsidenten eine Reihe von Vorschlägen unterbreiten.

Brüning und die Großindustrie.

Wirtschaftsbeirat und deutsch-französischer Ausschuß.

Berlin, 18. Oktober

Die Bildung des Wirtschaftsbeirates und des deutsch-französischen Ausschusses sollen nach Abschluß der Reichstagsberatungen in allerkürzester Frist erfolgen. Es liegen bereits Vorschläge für beide Ausschüsse vor, doch wird das Kabinett noch einmal zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen. Das Bestreben ist, beide Ausschüsse nicht übermäßig groß zu gestalten.

Das gilt auch für den deutsch-französischen Ausschuß, in dem u. a. wohl Ministerialdirektor Posse vom Reichswirtschaftsministerium eine besondere Rolle spielen wird. Eine Entscheidung über die Leitung dieses Ausschusses ist noch nicht getroffen.

Bei der Bildung dieser Ausschüsse hat sich nun wiederum das Bestreben des Reichskanzlers Dr. Brüning gezeigt, Vertreter der Großindustrie heranzuziehen, und die Männer der Großindustrie sind auch geneigt, diesem Rufe zu folgen. Es kann natürlich keineswegs die Absicht sein, großindustrielle Vertreter auszuschalten, aber es ist notwendig, den Reichskanzler zu warnen, nicht einseitig wiederum die Vertreter der Großindustrie, wie es leider bisher vielfach der Fall gewesen ist, zu bevorzugen, insbesondere gegenüber den Vertretern der mittleren und der Kleinindustrie.

Die Ausgabereste für 1930.

12,5 Millionen eingespart.

Berlin, 18 Oktober

Ueber die am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres verbliebenen Ausgabereste darf im laufenden Rechnungsjahre nur mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen verfügt werden. Ueber die Verwendung dieser Reste stellen die obersten Reichsbehörden Pläne auf, die dem Reichsminister der Finanzen zur Begutachtung vorgelegt werden. Bei den übertragbaren Ausgabebewilligungen des ordentlichen Haushalts sind in der Rechnung für 1930 trotz der Uebertragbarkeit wiederum rund 12,5 Millionen RM als erspart abgelegt worden, und zwar bei den übertragbaren Titeln der fortdauernden Ausgaben rund 6,6 Millionen RM und bei den einmaligen Ausgaben rund 5,9 Millionen RM.

Die Ausgabereste, die am Schluß des Rechnungsjahres 1929 138,5 Millionen RM betragen haben, sind Ende 1930 auf 184,5 Millionen RM gestiegen, sie bleiben aber mit 2,21 v. H. der Istausgaben für 1930 (ohne Steuerüberweisungen) noch unter dem Durchschnitt der zehn letzten Vorkriegsjahre (1904—1913), der 4. v. H. betragen hat, weit zurück.

Das Ansteigen der Ausgabereste ist eine Folge der durch die Kassenlage bedingten Drosselung der Ausgaben, die eine Verschiebung aller nicht zwingend notwendigen Ausgaben auf das folgende Rechnungsjahr notwendig gemacht hat.

Laval unterwegs nach Washington.

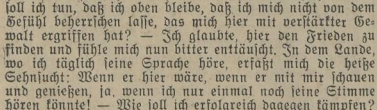
Die französischen Finanzsorgen.

Paris, 18 Oktober.

Der französische Ministerpräsident Laval hat die Reise nach den Vereinigten Staaten angetreten, und in Paris wird auf den sinnfälligen Umstand hingewiesen, daß der Dampfer, den er benutzt, auf seiner letzten Reise ein paar hundert Fässer voll Gold im Werte von mehr als 50 Millionen Mark aus Neuyork nach Frankreich gebracht hat. Die überwiegende Bedeutung der finanziellen Probleme für diese Reise tritt besonders klar in die Erscheinung durch den Umstand, daß der Untergouverneur der Bank von Frankreich und ein leitender Beamter des Finanzministeriums dem Ministerpräsidenten vorausgefahren sind. Ueber die besondere Aufgabe dieser Männer wurden verschiedene Lesarten verbreitet, bis man jetzt ein klares Bild ihrer Mission erhält.

Sie hängt zusammen mit dem verständlichen Bestreben der amerikanischen Federal Reserve Bank, zu einem Abkommen mit der Bank von Frankreich zu gelangen, das der wachsenden Abziehung französischer Guthaben aus Amerika ein Ende setzt.

Die Bank von Frankreich weist diesem Bestreben gegenüber auf die Verluste hin, die sie infolge des Pfundsturzes an nach England gegebenen Guthaben erlitten hat und betont, daß in der internationalen Privatwirtschaft das Vertrauen in den Dollar zu schwinden beginne und daß sie sich gegen eine Wiederholung der englischen Schlappe stützen müsse. Sie verlangt deshalb für die sehr beträchtlichen französischen Dollarguthaben in den Vereinigten Staaten die Zusicherung der Goldklausel und hat, als die amerikanischen Bundesbanken schon aus Gründen ihres Ansehens Schwierigkeiten machten, rücksichtslos mit der Abziehung dieser Guthaben gedroht. Daraufhin haben sich die amerikanischen Banken bereit erklärt, französischen Vertretern, eben den beiden, dem Ministerpräsidenten vorausgereisten Herren, Gelegenheit zu einer Ueberprüfung des amerikanischen Finanzmarktes im besonderen Hinblick auf die Sicherheit der französischen Guthaben zu bieten.



69. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Ja hatte das Berauschende, das im Anblick dieser eigenartigen Welt lag, tief empfunden, und doch war es nicht das erhebende, jauchzende Gefühl, das sie im vorigen Jahre beim ersten Schauen der Alpen überkommen hatte. Es war auch nicht der reine, stille Genuß, den nur eine ruhige, gleichmütige Seele kennt. Ihre Seele besaß wohl noch die Empfänglichkeit von einst, aber sie war nicht frei und vor allem fehlte ihr der rechte Friede.

Und was störte ihren Frieden? — Der Kampf gegen ihr schwaches Herz.

Wo ist meine Stärke und meine Kraft geblieben? — Ich habe sie nicht mehr — ich wanke auf meiner Höhe. Was soll ich tun, daß ich oben bleibe, daß ich mich nicht von dem Gefühl beherrschen lasse, das mich hier mit verstärkter Gewalt ergriffen hat? — Ich glaubte, hier den Frieden zu finden und fühle mich nun bitter enttäuscht. In dem Lande, wo ich täglich seine Sprache höre, erfaßt mich die heiße Sehnsucht: Wenn er hier wäre, wenn er mit mir schauen und genießen, ja, wenn ich nur einmal noch seine Stimme hören könnte! — Wie soll ich erfolgreich dagegen kämpfen? — Soll ich zurückkehren — soll ich von neuem fliehen, in feiger Furcht vor mir selbst? — Ginge ich bis an das Ende der Welt, es würde mir nichts nützen, denn die ganze Welt ist mir tot und öde ohne ihn —

„Horch — welche Töne —!"

Mit einem Ruck sprang Ija empor, beugte den Kopf lauschend vor und preßte die Hand auf das Herz, das laut und stürmisch zu schlagen begann.

„Dieses Lied — dieses Lied —"

Es war nichts besonderes, es hier zu hören — in Italien kannte es jedermann — und dennoch — wenn es auch unmöglich schien, nur Einer konnte es so singen — so leidenschaftlich ergreifend:

„Vorrei baciare, i tuoi capelli neri,
Le labbra tue e gliocchi tuoi severi!"

Am ganzen Körper bebend, mit angehaltenem Atem lauschte sie. Die Biegung des Weges und die kleine Villa verbargen ihr den Sänger, aber die Töne kamen näher und näher.

„Stringimi, o cara, stringimi al tuo cuore
Fammi provar, l'ebbrezze dell'amora."

„Vittorio!"

„Ija — bella Ija!"

Der Mann, der, auf dem Wege von Baveno herkommend, soeben die Biegung passiert hatte, eilte jetzt mit ausgebreiteten Armen vorwärts, umfing einen zitternden Frauenkörper, zog eine nur schwach Widerstrebende an seine Brust und küßte sie — küßte sie —

Die Gegenwehr und Kraft der also Ueberfallenen wurde immer schwächer, bis nichts mehr von der starken Ija übrig blieb als ein liebendes, beseligtes Weib, das hier an dem Herzen des Geliebten den Frieden wiederfand.

Es bedurfte keiner Worte und Aufklärungen; sie hielten sich umschlungen und fühlten, daß es fortan keine Trennung mehr für sie geben konnte.

Endlich brach Vardini das Schweigen. Leidenschaftliche Liebesworte flüsterte er in das kleine Ohr, das seinem Munde so nahe war.

„Tesor mio — cuor mio! — Deine Flucht war vergebens, du stolzes, törichtes Kind! Ich stiege bis zu den höchsten Gletschern und holte mir das Edelweiß."

Sie richtete sich ein wenig in seinen Armen empor. Ihre Augen leuchteten ihm entgegen:

„Die Kraft dazu hättest du — aber, wie konntest du wissen — auch nur ahnen —?"

„Daß mein Edelweiß mir am Lago Maggiore blühen sollte?" Er lachte. „Es ist kein Zufall, kein blindes Ungefähr. Ich verschaffte mir eben diese Kenntnis."

„Von wem, Vittorio?"

Er sah sie einige Sekunden stumm an.

„Ich zog noch einmal vor die Tore, die sich mir nicht hatten öffnen sollen — aber nicht im Pilgergewande, sondern geharnischt vom Kopf bis zu den Füßen und —"

„Und —?"

„Die Festung war leer bis auf die Dienerin."

„Also Marta war die Verräterin."

„Ich forderte es, und als ich die Adresse hatte, da reiste ich noch an demselben Tage ab, immer in einer Tour, ohne Aufenthalt. Heute früh kam ich mit dem ersten Schiff, das von Luino abging, hier in Baveno an — ging in euer Hotel — erfuhr von dem Kellner — einem dienstbeflissenen Mann, — daß du einen Spaziergang nach der Villa Klara machtest und —"

„Verfolgtest die Spuren und überfielst die Wehrlose."

„Ija — es sollte ein offener, ehrlicher Kampf werden."

„Mit ungleichen Kräften. — Vittorio, Vittorio, ich bin die starke Ija von früher nicht mehr — ich bedarf einer helfenden, rettenden Hand, um wieder zu meiner Höhe oder besser — zu deiner Höhe zu kommen."

„Liebling — was redest du? — Du, zu deren stolzer Höhe ich mich mit heißer Mühe emporgearbeitet habe, die mich mit starker Hand rettend emporzog, du wolltest —"

„Deine Hand, Vittorio! — In dem stolzen Gefühl meiner Tugend glaubte ich, dir keinen Schritt entgegentun zu dürfen — aber — ich fror auf meiner einsamen Höhe."

„Ija — welche Wandlung!"

„Und als ich herabgestiegen war," fuhr sie fort, „da — erkannte ich, daß du — hoch über mir standest."

„Nein — nein — Geliebte."

„Ich will nichts hören, denn ich glaube an dich."

Ueberwältigt schloß er für Sekunden die Augen. Dann nahm er ihre Hände und küßte sie und sah ihr fest in die Augen.

„Dein Glaube an mich soll nie mehr erschüttert werden — ich schwöre es dir — nur —"

„Nur?"

„Nur mußt du an meiner Seite bleiben als mein Schutzengel, mein Weib, eine reine, charakterstarke Frau vermag viel, ja alles über den Mann, den sie liebt, und von dem sie geliebt wird."

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819311020-11/fragment/page=0002

Man hat in Paris dieses Entgegenkommen begrüßt, da es zugleich den Besuch Lavals von dem etwaigen Odium entlasten könnte, daß vielleicht fühlbar werdende weitere französische Abzüge im Zusammenhang mit seiner Aussprache mit Hoover stünden.

Gleichwohl ist die außerordentliche Bedeutung der Reise der französischen Finanzexperten auch für die erhofften Ergebnisse des Besuches von Laval unverkennbar. Das Ziel dieses Besuches ist nach französischen Wünschen eine beträchtliche Herabsetzung der Schulden, nach amerikanischen Wünschen eine sichtbare und fühlbare Verminderung der Rüstungen, und man hofft in Paris, daß diese beiden Wünsche sich in einem brauchbaren Kompromiß treffen werden.

Amerika im Völkerbundsrat.

Zur Lösung des Mandschureikonflikts.

Genf, 18. Oktober.

Der Völkerbundsrat hat in einem Punkte mit erstaunlicher Schnelligkeit gearbeitet. Die grundsätzliche beschlossene Einladung an die Vereinigten Staaten zur tätigen Teilnahme an dem Versuch des Völkerbundsrats, den chinesisch-japanischen Konflikt auf diplomatischem Wege zu überwinden, ist in dieser Sitzung betätigt worden, daß von Briand formulierte Einladungsschreiben wurde genehmigt und sofort telegraphisch nach Washington übermittelt. von dort kam umgehend der zusagende Bescheid des Staatsdepartements zurück, und noch am Abend konnte Briand in einer mehr formalen Sitzung des Rats den Vertreter Washingtons begrüßen.

Die Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, zeigen, daß die Genfer Institution in klarer Erkenntnis ihrer sehr beschränkten praktischen Wirkungsmöglichkeiten sich von der Einschaltung Amerikas sehr viel verspricht. Diese Hoffnung macht auf der anderen Seite den Widerstand verständlich, den der japanische Delegierte im Völkerbundsrat bis zuletzt gegen die Heranziehung der Vereinigten Staaten versucht hat, und die Meldungen aus Tokio, die von einer starken Mißstimmung der öffentlichen Meinung Japans gegen Genf sprechen, sind zweifellos zutreffend.

Die japanische Regierung freilich bleibt bemüht, die Form zu wahren, und die verbindliche Art, in der ihr Genfer Beauftragter den amerikanischen Vertreter begrüßte, ist besonders aufgefallen. Diese schönen Gesten vermögen aber nicht den Eindruck zu verwischen, daß in der Mandschurei selbst von einer Entspannung noch nichts zu spüren ist, und daß die japanische Regierung es entweder noch nicht vermocht hat, ihre Militärs unter die Staatsraison zurückzuführen, oder daß sie den Versuch dazu noch immer nicht mit der letzten Entschiedenheit gemacht hat. Vielleicht hilft hier der verstärkte Genfer Druck weiter.

Amerika nimmt die Einladung an.

Generalkonsul Gilbert als Beobachter im Rat. — Austritt Japans aus dem Völkerbund?

Nach langwierigen Verhandlungen hat der Völkerbundsrat die Vereinigten Staaten telegraphisch eingeladen, einen Vertreter zu den Ratsverhandlungen im Ostasienkonflikt zu entsenden. Der japanische Ratsdelegierte hat bis zum letzten Augenblick der Einladung widersprochen und den Standpunkt vertreten, der Rat sei nicht befugt, mit Mehrheitsbeschluß einen Nichtmitgliedsstaat zu den Ratsverhandlungen hinzuzuziehen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sofort nach Eingang der Einladung dem Ratsbeschluß zugestimmt und den Generalkonsul in Genf, zum Beobachter ernannt. Generalkonsul Gilbert hat daraufhin an den Besprechungen der Ratsdelegierten bereits teilgenommen. In Tokio hat die Einladung der Vereinigten Staaten nach den soeben eingegangenen Meldungen tiefste Verstimmung erregt. Gerüchte sprechen von einem bevorstehenden Austritt Japans aus dem Völkerbund. Von offizieller Seite wird dazu erklärt, die japanische Regierung habe den Austritt aus dem Völkerbund noch nicht erwogen.

Der Schrei nach Sicherheit.

Angaben über den polnischen Rüstungsstand.

Genf, 18. Oktober.

Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht die Angaben der polnischen Regierung über die Rüstungen Polens Die polnische Regierung beharrt auf ihrem Standpunkt, daß eine Abrüstung selbst in dem Maße, wie es der der Abrüstungskonferenz vorgelegte Konventionsentwurf vorsieht, nur möglich sei, wenn gleichzeitig ein wirksames System internationaler Garantien und Sicherheitsverträge in Kraft gesetzt werde. Die polnische Regierung hebt hervor, daß jede Bindung, die sie auf der Abrüstungskonferenz eingehen könnte, davon abhängig sei, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrags über die Abrüstung bestimmter Staaten unverändert bestehen bleiben.

Zum Schluß heißt es, daß die jetzigen Rüstungen Polens ungenügend seien und nicht den tatsächlichen Bedürfnissen Polens gemäß seiner geographischen und politischen Lage entsprächen. Deshalb behalte sich die polnische Regierung vor, der Abrüstungskonferenz entsprechende Forderungen vorzulegen.

Die polnische Regierung teilt dann mit, daß die polnische Armee gegenwärtig aus 265 980 Mann, 17 895 Offizieren und 36 985 anderen Militärpersonen besteht. Außerdem werden die militärisch organisierten Formationen mit 102 946 Personen angegeben. Für die polnische Luftflotte werden 700 Flugzeuge mitgeteilt.

Die Lage in der Mandschurei.

Eine Erklärung des japanischen Kriegsministers.

London, 18. Oktober.

Der japanische Kriegsminister Minami hat mitgeteilt, die allgemeine Lage in der Mandschurei stehe im Begriffe, sich zu bessern.

Die Peking—Mukdener Eisenbahn habe den Verkehr wieder aufgenommen, und es beständen gegenwärtig keine Anzeichen, die auf Störungen im Schanhaiwan-Gebiet hindeuteten. Bisher seien zwei Flugzeuggeschwader den in der Mandschurei stehenden Streitkräften zugeteilt gewesen, und zwar ein Aufklärungs- und ein Bombengeschwader. Zur Vermeidung zukünftiger Zwischenfälle sei das Bombengeschwader nach Hause befohlen worden; es werde durch ein weiteres Aufklärungsgeschwader ersetzt werden.

Alle Zeitungen u. Zeitschriften
liefert frei Haus **Richard Arnold**, Buchhandlung

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 19. Oktober 1931

* **Krammetsvögel in der Dübener Heide.** Zu dem Bericht „Krammetsvogelfang in der Dübener Heide" schreibt ein Forstmann: Wie schon berichtet, sind in den letzten, schon herbstlich kühlen Tagen aus den nordischen Ländern Scharen von Krammetsvögeln in der Dübener Heide eingetroffen. Der Sammelbegriff Krammetsvögel umfaßt alle Drosselarten, von denen die Wacholderdrossel, die Misteldrossel, die Singdrossel, die Weindrossel, und die am häufigsten auftretende Schwarzdrossel die bekanntesten sind. Der Name Krammetsvogel stammt von der Wacholderdrossel, die kurzweg allgemein Krammetsvogel genannt wird. Sie ist die größte der Drosselarten, viel größer als die gewöhnliche Schwarzdrossel. All diese hübschen Vögel, von denen uns besonders die Sing- und Schwarzdrossel im Frühling durch ihren schönen Gesang erfreuen, sind seit dem Jahre 1908 durch das Reichsvogelschutzgesetz zur Freude jedes Tierliebenden vor dem häßlichen Tod in den Drahtschlingen bewahrt. In Preußen dürfen sie sogar auch nicht mehr geschossen werden, so daß, wie jeder Naturfreund beobachtet haben wird, schon in letzter Zeit immer größere Schwärme von Krammetsvögeln mit ihrem munteren Treiben im Herbst und Frühling den Wald beleben.

* Am Sonnabend nachmittag fiel auf dem Bahnhof Bergwitz ein ca. 10jähriger Knabe, der mit seiner Mutter nach Halle fahren wollte, so unglücklich, daß er den Unterarm brach. Nach Anlegung eines Notverbandes konnte er die Fahrt antreten, um sich dann in Halle in ärztliche Behandlung zu begeben.

* **Raubüberfall.** Am Sonnabend nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr wurde am sogen. Försterweg bei Radis die Ehefrau eines bekannten Großkaufmanns von einem Radfahrer erwerbslosen Arbeiter angefallen und ihrer Handtasche mit etwa 23 Mark Inhalt beraubt. Der Täter konnte bereits gestern ermittelt und in seiner Wohnung verhaftet werden.

* **Sport-Vereinigung Gommlo.** Am 18 Oktober war unsere M.-Sch. nach Hohndorf (Torgau-Land) gefahren, um dort gegen Hohndorf ein Spiel auszutragen. Anstoß 3 Uhr. Durch einen 11 m gelang es Hohndorf, einen Ball in unser Tor zu senden und steht das Spiel zur Halbzeit 1:0 für Hohndorf. 2 Ecken wurden durch unseren Torwart gut gehalten. Kurz nach der Halbzeit gelang es uns, den ersten Ball auch bei unserm Gegner in das Tor zu senden und steht somit das Spiel 1:1. 10 Minuten nach unserem 1. Tor gelang es uns, den Ball zum 2. mal in das Tor unseres Gegners zu senden und steht somit das Spiel für uns 2:1. Kurz vor Schluß ging ein 11 m rechts am Tor unseres Gegners vorbei. Das Spiel endet somit für uns 2:1.

Unsere M.-Sch., wie wir sie diesmal aufs Spielfeld schicken lieferten ein gutes kombiniertes Spiel, doch mußten sie den Platz-Verhältnissen (Sandwüste) mehr Rechnung tragen, sie mußten halbhohe und nicht Flachbälle spielen, wenn sie den Gegner überlegener schlagen wollten.

Ist das der Preisabbau der öffentlichen Hand?

Abgesehen von der Unvollkommenheit der Umschuldung durch Teile der Hauszinssteuer, fordert eine Bestimmung der Notverordnung stärkste Bedenken heraus, nach der die Umschuldungsstelle die Umschuldung bei einer Gemeinde davon abhängig machen kann, daß diese zur Sicherstellung der Zins- und Tilgungsraten des Umschuldungsbetrages sich verpflichten muß, „besondere Abgaben oder Zuschläge auf die Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Verkehrstarife ihrer Werke und Unternehmungen zu erheben und deren Ertrag treuhänderisch abzutreten". Das Gemeindeutsche übertragen heißt das, daß die Gemeinden in diesen Fällen ihre Wertarife zu erhöhen und die aus dieser Tariferhöhung sich ergebenden Mehrerträge an die Umschuldungsstelle zu verpfänden haben. Praktisch bedeutet dies nichts anderes, als den sehr gefährlichen Weg, bei sinkender Kaufkraft den längst fälligen Abbau der öffentlichen Tarife nicht nur zu verhindern, sondern in sein Gegenteil zu verwandeln. Von einem Preisabbau der öffentlichen Hand wird bei Durchführung der Bestimmung vorerst nicht die Rede sein können.

Eutzsch, 17. Okt. Gestern Nacht wurde im Pfarrhaus in Eutzsch ein Einbruchsdiebstahl verübt; es ist dies in kürzester Zeit der zweite Einbruch. Beim ersten Einbruch wurde der Dieb im Keller gestört, und es wurde nichts entwendet. Beim gestrigen Einbruch brach der Dieb durch das Eisengitter der Speisekammer und entwendete mir einige Lebensmittel von geringem Wert.

Düben, 17 Okt. (Plötzlicher Tod.) Einem Herzschlag erlag gestern plötzlich und unerwartet im Alter von 71 Jahren der Oberbahnhofsvorsteher i. R. Karl Bocke. Er war am Nachmittag von einer Reise zurückgekehrt und gegen Abend zum Dämmerschoppen in den Ratskeller gegangen. Dort überraschte ihn ein Schwächeanfall, der ihn zur Heimfahrt mit dem Auto zwang. Als ihm hilfsbereite Hände vor seiner Wohnung aus dem Wagen halfen, brach er tot zusammen. Sein plötzliches Hinscheiden ist für die Angehörigen um so tragischer, als erst vor kurzem die jung verheiratete Tochter einer Krankheit zum Opfer fiel.

Wittenberg. (Falschgeld.) Es wird darauf hingewiesen, daß auch in Wittenberg mehrfach Falschgeld in hiesigen Geschäften in Zahlung gegeben worden ist. Es handelt sich dabei um Hartgeld vom 50-Pfennig-Stück an bis zum 5-Mark-Stück. Die Falschstücke sind an ihrer mangelhaften Prägung ihrem schillernden Aussehen und dem fettigen Gefühl leicht kenntlich.

Annaburg, 16. Okt. Als ein völlig mißglücktes Experiment stellt sich je länger, je mehr die zur Bekämpfung der Forstschädlinge eingerichtete „Schweinesommerfrische" in der Annaburger Heide heraus. Als eine neue Schwierigkeit gesellte sich jetzt die Tatsache hinzu, daß die Viehversicherungsgesellschaft, bei der 280 von der Schweinepest befallene Tiere versichert waren, sich weigert, den auf 12000 RM errechneten Schaden zu ersetzen. Durch diese unverständliche Ablehnung wären kleine und kleinste Besitzer auf das empfindlichste geschädigt worden, wenn sich nicht die Forstverwaltung bereit erklärt hätte, von sich aus eine Regulierung des Schadens vorzunehmen. Die von der Schweinepest betroffene Herde besteht aus 100 Läufern, 40 hochtragenden Sauen, 19 Mutterfauen mit 120 Ferkeln und 1 Zuchteber. Sämtliche Läufer sollen in Halle abgeschlachtet werden, während die Sauen und Ferkel in Quarantäne in der Annaburger Heide bleiben.

Osterode (Harz). (Tragischer Tod eines Zwölfjährigen.) Auf tragische Weise ums Leben gekommen ist in Wulften der zwölf Jahre alte Sohn des Postschaffners D. aus Northeim. Der Junge, der in Wulften zu Besuch weilte, spielte mit anderen Knaben Manöver und legte sich dabei ein älteres Seitengewehr an. Beim Uebersprungen eines Grabens fiel er so unglücklich, das ihm das Seitengewehr in die Brust drang. Der Tod trat nach wenigen Minuten ein

Der Arbeitsamtsprozeß lebt wieder auf.

Halle. Vor der Strafkammer begann die Berufungsverhandlung gegen den Straßenbaumeister Feitsch aus Gerbstedt, den Tiefbauunternehmer Otto und den Bauunternehmer Straube aus Alsleben. Es handelt sich um eine Neuauflage des sogenannten Alsleb ener Arbeitsamtsprozesses. Die Arbeitsamtsnebenstelle in Alsleben war im Jahre 1922 auf Betreiben des inzwischen gestorbenen Bürgermeisters Fiebig errichtet worden. In Gemeinschaft mit Fiebig hatten die Angeklagten die ihnen vorgeworfenen Straftaten begangen. Sie werden beschuldigt, bei der Ausführung von Notstandsarbeiten öffentliche Gelder in größerem Umfange zum Schaden von Erwerbslosen in ihre eigene Tasche gesteckt zu haben.

Der Prozeß dürfte mehrere Wochen andauern.

Die Winterhilfe des Leunawerks.

Merseburg. Zwischen der Direktion des Leunawerkes und Vertretern der Wohlfahrtsfürsorge fanden Besprechungen statt, die eine Hilfsaktion des Werkes für die Hauptwohnsitzgemeinden der Belegschaft zur Linderung der allgemeinen Not zum Gegenstand hatten. Es soll sich dabei in erster Linie um die Bereitstellung von Brennmaterial und andere Sachlieferungen handeln. Die Beamten- und Angestelltenschaft des Werkes hat sich bereit erklärt, das Hilfswerk durch besondere Spenden zu unterstützen.

219 000 Mark Defizit bei der Gemeinde Leuna.

Leuna. Der kommenden Gemeindevertretersitzung wird der Jahresabschluß für 1930 zur Beschlußfassung vorliegen. Er weist 3 381 053.57 M. Einnahmen auf, denen 3 600 548.15 Mark Ausgaben gegenüberstehen, so daß sich ein Fehlbetrag von 219 494.58 Mark ergibt. Dieses Defizit ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß ein im Haushaltsplan vorgesehenes Darlehn bei der Mitteldeutschen Landesbank in Höhe von 100 000 Mark nicht aufgenommen werden konnte und auch die im Haushaltsplan vorgesehenen Einnahmen aller Art, Steuereingänge usw. hinter dem Voranschlag zurückblieben.

Die Studenten bleiben in Halle.

Halle. Der Hochschulring für deutsche Art, dem fast sämtliche Korporationen an der Universität Halle angehören, befaßte sich mit dem Beschluß des Vorstandes und des Ferienausschusses der Studentenschaft, aus Halle auszuziehen. Er hielt diesen Beschluß aus verschiedenen, vor allem wirtschaftlichen Gründen für nicht durchführbar. Ein Auszug nach Leipzig und Jena komme daher nicht in Frage

Konkurs des Allgemeinen Konsumvereins.

Halle. Über das Vermögen des Allgemeinen Konsumvereins Halle und Umgebung ist nunmehr das Konkursverfahren eröffnet worden. Zum Konkursverwalter ist Kaufmann Adolf Mantel, Berlin, ernannt worden.

Die Nachfolgeschaft Dr. Löfflers.

Merseburg. Für den aus dem Provinzialandtag und dem Provinzialausschuß ausgeschiedenen früheren Oberbürgermeister von Zeitz, Dr. Löffler, beabsichtigen die Unterzeichner des SPD.-Vorschlags Frau Flora Franken aus Zeitz als Nachfolgerin zu ernennen.

„Klassenkampf" bleibt verboten.

Halle. Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat die Beschwerde des Verlages des kommunistischen „Klassenkampf" in Halle gegen das durch den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ausgesprochene Verbot als unbegründet verworfen. Das Verbot war erfolgt, weil in dieser Zeitung ein Telegramm des Zentralkomitees der KPD. an die meuternden Mannschaften der englischen Kriegsschiffe mit einer allgemeinen Aufforderung zum revolutionären Kampf abgedruckt war, es als eine ernstliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung angesehen wird.

Weißenfels. Polizeipräsident Krüger aus Weißenfels sollte angeblich bei der Verfassungsfeier der Schupobeamten am 11. August 1931 in Merseburg in seiner Festrede u. a. folgendes ausgeführt haben: „Leider haben sich angeblich auch an dem Volksentscheid, wahrscheinlich im positiven Sinne, einige Beamte der republikanischen Schutzpolizei beteiligt, obgleich sie vom Staat Lohn und Brot beziehen. Ich fordere diese pflichtvergessenen Beamten auf, die Konsequenzen aus ihrer politischen Überzeugung zu ziehen und aus der republikanischen Schutzpolizei auszuscheiden, widrigenfalls ihre Entlassung erzwungen wird".

Auf eine Anfrage, die zwei Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei in dieser Angelegenheit im Preußischen Landtag eingebracht hatten, antwortete der preußische Innenminister, daß Polizeipräsident Krüger die behaupteten Äußerungen nicht getan habe. Es bestehe kein Anlaß zu irgendwelchen Maßnahmen.

Der Lohnabbau in Mansfeld sanktioniert.

Eisleben. In Helbra fand eine Funktionärkonferenz statt, die sich mit dem Beschluß der am Tarifvertrag mit der Mansfeld A.-G. beteiligten Gewerkschaften, in eine weitere Senkung der Tariflöhne um zehn Prozent einzuwilligen, beschäftigte. Dieser Lohnabbau ist bekanntlich von der Reichs- und Staatsregierung zur Voraussetzung für ihre weitere Hilfeleistung gemacht worden. Nach längerer Aussprache billigte die Konferenz mit großer Mehrheit den Beschluß der Gewerkschaften. Die Senkung der Löhne erfolgt ab 1. Oktober. Das neue Lohnabkommen gilt bis zum 31. März 1932.

Udet fliegt in Leipzig-Mockau.

Leipzig. Auf dem traditionellen Herbstflugtag, der auch diesmal am 31. d. M. (Reformationsfest) auf dem Flughafen Leipzig-Mockau stattfinden wird, wird Meister Udet, der vor kurzem erst von seiner erfolgreichen Amerika-Tournee zurückgekehrt ist, mit einem umfangreichen Spezial-Programm aufwarten, das er sich für Amerika zusammengestellt und mit dem er die an Sensation gewöhnten Amerikaner begeistert hatte.

Kamerad Ehefrau — Vom Gewissen gehetzt — Das verhängnisvolle Telegramm — Eines Mörders Weib und andere spannende Geschichten bringt die soeben erschienene November-Nummer der populären „Wahren Erzählungen" (Dr. Selle-Eysler Verlag, Berlin SW. 68). Das reich illustrierte Heft ist zum Preise von 50 Pfg. überall zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819311020-11/fragment/page=0003

Neues aus aller Welt.

Festnahme eines Falschgeldvertreibers. Ein Berliner Geschäftsmann beobachtete von seinem Laden aus, wie ein Mann in verschiedene Geschäfte in der Nähe ging und dort eine Kleinigkeit kaufte, dann die Läden schnellstens verließ und zu einem zweiten Mann, der in der Nähe mit Fahrrädern wartete, eilte und ihr die gekauften Waren und das zurückerhaltene Wechselgeld übergab. Der Geschäftsmann vermutete ganz richtig, daß der Mann Falschgeld in Zahlung gegeben hatte und verfolgte ihn. Am Ende der Alexandrinenstraße konnten die beiden Männer eingeholt und der Polizei übergeben werden.

Hundertjähriges Hotel niedergebrannt. Der mehrere hundert Jahre alte Krug Arnum zwischen Nädding und Lockum-Kloster bei Tondern ist vollständig niedergebrannt. Das Feuer war in einer Scheune entstanden und griff schnell auf das Hotel über. Ein Kopenhagener Geschäftsreisender konnte sich nur im Hemd retten. Der Schaden beträgt etwa 100 000 Kronen. Sechs Kühe und 40 Schweine kamen in den Flammen um.

Der Tod in den Flammen. Die chemische Fabrik in Diethendorf bei Chemnitz wurde durch einen Brand in Asche gelegt. Als das Gebäude schon in Flammen gehüllt war, hörten die Umstehenden plötzlich aus dem Innern Hilferufe. Feuerwehrleuten gelang es, den Fabrikleiter Simon zu retten. Der im Packraum befindliche Arbeiter Frieden kam in den Flammen um. Das Feuer soll durch eine Explosion im Trockenraum entstanden sein.

2500 Einwohner — kein Erwerbsloser. Das Dorf Klein-Wanzleben im Bez. Magdeburg, das 2500 Einwohner zählt, kann sich wohl glücklich preisen, denn es hat zurzeit auch nicht einen einzigen Arbeitslosen.

Verhaftung eines Bankiers. Unter dem Verdacht der Depotunterschlagung ist der bisherige Inhaber des in Konkurs befindlichen Bankhauses Tillmann, Kommanditgesellschaft in Köln, Bankier Tillmann in Köln, auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Köln in Untersuchungshaft genommen worden. Im Interesse des Untersuchungsverfahrens werden nähere Einzelheiten zur Zeit nicht bekanntgegeben.

Aufklärung von Einbrüchen in Köln. Erst jetzt gelang es der Kölner Kriminalpolizei einen in der Nacht zum 29. September ausgeführten Einbruch in ein Seidenwarengeschäft, bei dem den Tätern für 22 000 Mark Trikotagen und Bargeld in Höhe von 1200 Mark in die Hände fielen, aufzuklären. Durch die in der Zwischenzeit angestellten eingehenden polizeilichen Erhebungen wurde festgestellt, daß sich in einem Hause in der Nähe der Ringstraße eine berüchtigte Einbrecherbande aufhielt, die in den letzten Sommermonaten eine ganze Anzahl von Einbrüchen in Köln und Umgebung ausgeführt hatte. Zu den Einbrechern gehörte der langgesuchte Schwerverbrecher Emil Stahl, der auch zu der Bande gehörte, zu der der frühere Schupoobermachtmeister Jonas Beziehungen unterhielt.

Politische Verhaftungen in Essen. Im Zusammenhang mit der am 5. Oktober erfolgten Ermordung des Nationalsozialisten Garthe durch Kommunisten, die Schüsse auf ihn und andere flüchtende Nationalsozialisten abgegeben hatten, wurden vier weitere Personen festgenommen. Sie sind dringend verdächtig, an der Tat insofern beteiligt gewesen zu sein, als sie die Flüchtenden mit Steinen bewarfen und verfolgt haben. Dadurch haben sie sich mindestens des Landfriedensbruches schuldig gemacht. Sie wurden dem Richter zugeführt.

Wilddieb erschossen. Bei Partenkirchen wurde ein 33 Jahre alter verheirateter Zimmermann von einem Forstverwalter beim Wildern angetroffen und nach wiederholtem Anrufen erschossen. Der Vorfall hat bei der Bevölkerung große Erregung hervorgerufen. Auf Veranlassung des Forstamtes Partenkirchen wurde Landespolizei nach Partenkirchen beordert, die das Forsthaus bewacht, weil Anschläge gegen den Forstbeamten befürchtet werden.

Der Dornenweg des letzten Zaren
in Buchform erschienen.
Preis 1,25 Mark. Heute eingetroffen bei
Rich. Arnold, Leipziger Str. u. Markt

Du kommst sehr schnell und kriegst zum Ziele,
fährst Du ein Fahrrad von Marke „Miele".

Geständnis Matuschkas.

Alleiniger Attentäter von Jüterbog und Bia Torbagy.

Wien, 18. Oktober.

Der Attentäter Matuschka hat nach eingehendem Verhör gestanden, sowohl die beiden Attentate in Anzbach als auch jene in Jüterbog und Bia Torbagy verübt, und zwar allein verübt zu haben.

Seine früheren Angaben über den angeblichen Anstifter Bergmann hat er vollständig widerrufen. Er hat weiter angegeben, daß er im April dieses Jahres in Deutschland, gleichfalls in der Nähe von Jüterbog, ein Eisenbahnattentat geplant hatte. Zu diesem Zwecke hatte er Schweißapparate gekauft und die nötigen Vorbereitungen getroffen. Zur Ausführung dieses geplanten großen Attentats sei es jedoch damals nicht gekommen.

Weiter gestand Matuschka, daß er für die nächste Zeit noch mehrere große Eisenbahnattentate, und zwar auf der Strecke Amsterdam—Paris—Marseille und bei Ventimiglia geplant und vorbereitet habe.

Nähere Einzelheiten aus diesen Geständnissen, die zweifellos wahrheitsgetreu sind, können vorläufig im Interesse der Untersuchung nicht gemacht werden. Die Wiener Polizeidirektion erklärt, daß keine Zweifel an den Aussagen Matuschkas bestehen. Er hat die genauen Pläne seiner verübten und der noch geplanten Attentate gezeichnet und genau die Fluchtpläne nach den Attentaten geschildert.

Ueber das Motiv seiner Handlungen macht er unverständliche und phantastische Mitteilungen.

So behauptet er, daß er der Kirche seiner Heimatstadt ein Geschenk machen wollte. Da er wegen materieller Schwierigkeiten dies nicht ausführen konnte, sei sein Gewissen aufgerüttelt und erschüttert worden. So sei er auf den Plan gekommen, Handlungen zu begehen die Millionen Menschen auf seine Lage aufmerksam machen sollten

Verkehrswerbung tut not!

Der deutsche Fremdenverkehr braucht dringend, wenn er über diese wirtschaftlich kritische Zeit hinwegkommen soll, ohne zu erliegen, Pflege und Förderung. Der Hauptausschuß für den Fremdenverkehr, in dem die am deutschen Fremdenverkehr beteiligten Organisationen zusammengeschlossen sind, wandte sich daher an die Vertreter der öffentlichen Meinung. Reichsminister a. D. Dr. Hamm, der Vorsitzende des Hauptausschusses und zugleich der Leiter des Bundes Deutscher Verkehrsverbände, legte mit eindringlichen Worten dar, daß der Fremdenverkehr innerhalb des deutschen Wirtschaftslebens eine wichtige zentrale Stellung beanspruchen könne. Für die deutsche Wirtschaft sei es gerade in dieser Zeit von größter Wichtigkeit, welche Einnahmen Deutschland durch die in unserem Lande reisenden Ausländer auf der Habenseite verbuchen könne, und welche Verluste durch Auslandsreisen von Deutschen die deutsche Zahlungsbilanz auf der Sollseite zu tragen habe. Ohne Zwangsmaßnahmen gegen Auslandsreisen das Wort zu reden, sei eine Propaganda unter dem Schlagwort „Reist in Deutschland!" notwendiger als jemand. Die allgemeine deutsche Verkehrswerbung, wie sie in vorbildlicher Weise von der Reichsbahnzentrale für den deutschen Reiseverkehr im In- und Auslande durchgeführt werde, müsse ergänzt werden durch die spezielle Verkehrswerbung aller Interessenten, aus wirtschaftlichen wie auch aus kulturellen Gründen.

Vernichtet den Windhalm in den Wintersaaten!

Die Witterungsverhältnisse in diesem Herbst, vor allem die vielen Niederschläge, erweckten in weiten Kreisen der Landwirtschaft mit Recht starke Befürchtungen, daß der in dem letzten Jahre sehr stark verbreitete Windhalm diesmal in den Wintersaaten in noch stärkerem Umfange auftreten wird. Der Windhalm, auch Ackerschmiele oder Fuchsschwanz genannt, liebt feuchte Böden und kann sich hier so stark entwickeln, daß er das Getreide völlig überwuchert. Zahlreiche Versuche, die von Landwirtschaftskammern, Versuchsringen und führenden Landwirten durchgeführt worden sind, sowie langjährige Beobachtungen der Praxis beweisen indessen, daß dieses lästige Unkraut ohne besondere Unkosten sicher vernichtet werden kann. Die Bekämpfung erfolgt durch eine einfache Kopfdüngung mit etwa 200 kg ungeöltem Kalkstickstoff/ha ca. 3—7 Wochen nach Auflaufen der Wintersaaten. Der Kalkstickstoff ist möglichst auf die abgetrockneten Kulturen zu verabfolgen, solange der Boden offen ist. Gleichzeitig mit dem Windhalm werden hierdurch auch andere Unkräuter des Wintergetreides wie Kornblume, Kornrade, Wicke, Kamille, Vogelmiere erfolgreich bekämpft. Die Getreidepflanzen werden durch diese Methode nicht geschädigt, sondern sie werden durch die gleichzeitige Düngewirkung des Kalkstickstoffs gekräftigt, kommen besser durch den Winter und können sich im Frühjahr gleichmäßig und ungestört entwickeln. Deshalb liefern vom Windhalm rechtzeitig befreite Felder hohe Erträge und vor allem hochwertiges Korn. Da die Erzeugung von Qualitätsware der einzige Weg ist, der zukünftig einigermaßen angemessene Preise für die Produkte ermöglicht, sollte sich kein Landwirt die Vorteile rechtzeitiger Windhalmbekämpfung mit Kalkstickstoff entgehen lassen!

Dienstag abends 8 Uhr im Bürgersaal. **Bibelstunde**
Prediger Westermann-Wittenberg.
Hierzu wird herzlichst eingeladen

Handtaschen
Aktenmappen, Portemonnaies
Brieftaschen
Reisekoffer in allen Größen
empfiehlt
Richard Arnold, Leipziger Str. u. Markt

Prima frisches
Hammelfleisch
empfiehlt
Richard Krausemann.

Jeden Dienstag
Schlachte-Fest
fr. Wurst, Fleisch u. Gehacktes
ab 5 Uhr zum äußersten Tagespreis
Arthur Meinel, Wittenberger Str. 2

Geschäfts-Eröffnung.
Der Einwohnerschaft von Kemberg und Umgegend bringe ich zur Kenntnis, daß ich **hier Burgstraße 20** ein
Seifen-Geschäft
Feinseifen = = Parfümerien
eröffnet habe. Ich bitte um freundliche Unterstützung meines Unternehmens und werde stets bemüht sein, durch gute Waren und aufmerksame Bedienung mir die Zufriedenheit meiner werten Kundschaft zu erwerben.
Hochachtungsvoll **Hedwig Müller**

Ia. Fettbücklinge
geräuch. Schellfisch
geräuch. Seelachs
ff. Sprotten Lachsheringe
empfiehlt stets frisch
Richard Tempelhof, Delikateßgeschäft

Empfehle am
Dienstag früh eintreffend
Blutfrische Seefische
Fisch-Filet
Richard Tempelhof, Tel. 256

Morgen Dienstag
früh 1/2 8 Uhr
Speckkuchen
Von nachm. 2 Uhr ab
frische Pfannkuchen
Ernst Berndt

Kursbücher
Winterfahrplan 1931/32
empfiehlt Richard Arnold

Ferkel
hat zu verkaufen
Tauer, Gommlo

Kartoffelstoppel-Verpachtung
Mittwoch, den 21. Oktober, 13 Uhr werden in **Meuro** (Schloßberg) 28 Morgen Woltmann und 40 Morgen Parnassia Kartoffelstoppel verpachtet.
Gutsverwaltung Meuro

Volkswohl-Lotterie
für soziale und kulturelle Zwecke
Ziehung 13.—17. November 1931.
Gewinne im Werte von 330000 M.
2 Hauptgewinne Zwei: vollständig eingerichtete Landhäuser im Werte von je 50000 M.
Auf Wunsch 90% in bar
Einzellos 1.— Mk. — Doppellos 2.— Mk.
Glücksbriefe mit 5 Losen 5,— Mk.
" " 10 " 10,— "
Zu haben bei
Richard Arnold, Buchhandlung, Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

Zahn-Atelier
Fr. Genzel
Dentist.
Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen
Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam
Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuck, Gold u. unechten Metallen, sowie
Kronen, Brückenarbeiten und Stiftzähne.
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz
Zug Kemberg—Bergwitz.
Zum 1. Unterrichtsabend
Donnerstag, den 22. Oktober,
abends **pünktlich 8—10 Uhr** werden alle, die sich dem Roten Kreuz widmen wollen, nach dem Stadtverordneten-Sitzungssaal freundlichst eingeladen. Art und Anlegen von Verbänden. **P. Zimmer**

Für die vielen Geschenke und Gratulationen anläßlich unserer Vermählung sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank

Rottaer-Weinberg im Oktober 1931.

Fritz Henschel und Frau
Margarete geb. Hartmann

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819311020-11/fragment/page=0004

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 124 — **Dienstag, den 20. Oktober 1931** — **33. Jahrg.**

Donnerstag, den 22. Oktober, 14 Uhr,

Mütterberatungsstunde

im Bürgersaal.

Kemberg, den 19. Oktober 1931.

136] **Der Magistrat.**

Gegen Inflationspolitik.

Der Kampf der Regierung Brüning ist zum großen Teil zu einem Abwehrkampf gegen Inflationswünsche geworden. Man hat festgestellt, daß in einer gewissen Periode der deutschen Inflation Ausfuhrerleichterungen großen Stils vorlagen. Es gehört zu der begrifflichen Unsicherheit unseres wirtschaftspolitischen Denkens, daß man in der öffentlichen Erörterung fast ohne Widerspruch diese Erfahrungen verallgemeinern darf. Man vergißt, daß die künstliche Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufs in Deutschland, das Ergebnis der Kriegsfinanzierung, zunächst zu einer recht erheblichen Erschwerung der Ausfuhr geführt hat. Wenn bei gleichbleibendem Warenangebot die Umlaufsmittel vermehrt werden, steigen die Warenpreise. Wenn die Warenpreise steigen, verkauft sich die Ware bekanntlich nicht leichter, sondern schwerer. Die ausländischen Wechselkurse müssen sich deshalb nach einer gewissen Zeit der Preisbewegung auf dem inneren Markte anpassen. Wenn beispielsweise infolge der Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufs das allgemeine Preisniveau in Deutschland um 10 Prozent gesteigert wird, wird die Ausfuhr entsprechend sinken, die Einfuhr entsprechend steigen, und durch diese Verschiebung von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt wird die deutsche Valuta so weit heruntergedrückt, daß die Kaufkraftparität wiederhergestellt wird.

Das ist im günstigen Falle der Verlauf einer Inflation, wie sie jetzt vielfach vorgeschlagen wird. Das, was die Inflationsfreunde sich hinsichtlich des Exports versprechen, beruht auf den Erfahrungen der letzten Periode der deutschen Inflationszeit. In dieser letzten Periode sank nämlich der äußere Kurs der Mark schneller als die innere Kaufkraft, d. h. die Kaufkraftparität wurde nach der anderen Seite hin gestört, als eingangs geschildert wurde. Die Mark war billiger im Ausland zu haben, als ihrer inneren Entwertung entsprach, und deshalb war es für den Ausländer ein gutes Geschäft, Markbeträge billig zu kaufen, um sie in Deutschland zum Einkauf von Waren, Effekten, Grundstücken zu benutzen, deren Preise noch nicht so gestiegen waren, wie es dem äußeren Kurs der Mark entsprochen haben müßte. Dieser Ausverkauf Deutschlands, der sich — um noch einmal daran zu erinnern — keineswegs nur auf Exportartikel, sondern auch auf Effekten, Grundbesitz usw. erstreckte, war die Folge eines Valutadumpings, d. h. des Vorauseilens der äußeren Entwertung der Mark vor der inneren. Wie kam dieses Vorauseilen zustande? — In der ersten Periode der deutschen Inflation ging die innere Entwertung der Mark schneller als die äußere, in der zweiten die äußere schneller als die innere. In dieser zweiten Periode waren wir nämlich auf Grund unserer Reparationsverpflichtungen gezwungen, dauernd deutsche Mark im Ausland anzubieten, denn wir zahlten damals nicht in Mark, sondern in fremder Währung. Wir waren mithin gezwungen, die Mark gewissermaßen zu verschleudern, und drückten deshalb den äußeren Kurs so stark, daß ein Valutadumping dabei entstand.

Ein Vorteil der Inflation, über den man allerdings in Interessentenkreisen nicht gern spricht, ist die allmähliche Entwertung von Schuldverpflichtungen. Wir glauben, daß es genügt, auf die Erschütterung des Vertrauens hinzuweisen, die ein einmaliges Experiment in Deutschland, aber auch außerhalb Deutschlands bewirkt hat. Die Wiederholung dieses Experiments wäre geeignet, das Vertrauen zum Kreditwesen endgültig zu zerschlagen und damit den Wiederaufbau der Wirtschaft völlig unmöglich zu machen.

Es ist verständlich, daß in einer Deflationsperiode die Nachteile der Deflation so stark in die Erscheinung treten, daß manche Kreise sich nach dem Gegenteil sehnen. Gewiß ist die Deflation nicht minder gefährlich als die Inflation. Inflation bedeutet allmähliche Enteignung aller Markgläubiger zu Gunsten der Produktionssphäre. Deflation bedeutet Schrumpfung der Produktionssphäre, damit Arbeitslosigkeit, Schrumpfung der Staatseinnahmen usw. Die Wirkungen der Deflation zeigen sich jetzt so mächtig, daß man allen Grund hat, davor zu warnen, aus einer Deflationspsychose heraus das Gegenteil, nämlich die Inflation, zu fordern. Diese Deflation, die wir jetzt erleben, wäre nämlich ohne die Inflation, die wir früher erlebt haben, nicht in dem Maße gekommen. Die Inflation hat das Vertrauen in die Sicherheit des Gläubigers schwer erschüttert, und diese Erschütterung ist einer der wichtigsten Gründe dafür, daß das Kreditvolumen kleiner ist, als es unseren Bedürfnissen entspricht. Würde man jetzt das Experiment der Inflation wiederholen, dann würde man in absehbarer Zeit mit einem noch kleineren Kreditvolumen auszukommen gezwungen sein und einen vorübergehenden vermeintlichen Vorteil in der Produktionssphäre, einen Vorteil auf kurze Sicht, mit einem unerhört schweren Nachteil auf lange Sicht, nämlich mit der endgültigen Zerstörung des Personal- und Realkredits erkaufen.

Preußischer Landtag.

Reden Severings und Grimmes.

Berlin, 17. Oktober.

Im Preußischen Landtag nahm im Verlauf der politischen Aussprache

Innenminister Severing

das Wort, um sich mit den Oppositionsrednern auseinanderzusetzen. Der Minister wandte sich scharf dagegen, daß man ihm im Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit der Beamten beim Volksentscheid Wortbruch vorgeworfen habe. Ohne ihre Grundeinstellung zu ändern, habe die Regierung verlangen müssen, daß die Beamten, da die Verhältnisse beim Volksentscheid ganz anders gewesen seien als beim Volksbegehren, es sich drei und vier Mal überlegen sollten, ob sie an dem Volksentscheid teilzunehmen hätten.

„Wir können", so fuhr der Minister fort, „in diesem Winter keine Wahlen machen; weil dann nicht politische Programme und Weltanschauungen den Wahlkampf beherrschen würden, sondern Revolver, Dynamit und ähnliche Mittel. Gerade die Polizeioffiziere und Beamten würden bei solchen Vorfällen ihr Leben aufs Spiel setzen. Wer auf den Polizeischulen diese Zusammenhänge nicht erkannt hat, der ist ungeeignet, auf den Nachwuchs der Polizei im pädagogischen Sinne einzuwirken. Solange ich auf diesem Posten stehe, wird von dieser Auffassung nicht einen Millimeter abgegangen werden."

In der weiteren Debatte äußerte sich

Kultusminister Grimme

über die Sparmaßnahmen im preußischen Schulwesen. Niemand beklage die Auswirkung der Notverordnung auf diesem Gebiete mehr als er selbst. Er habe versucht, die Sparmaßnahmen auf das mindestmögliche Maß zu beschränken. Aber auch ein Kultusminister könne nur arbeiten im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Gesamtbedingtheiten des Staates.

Er sehe die größte Gefahr der Notverordnung in voller Uebereinstimmung mit der Oeffentlichkeit darin, daß eine Generation von Lehrern auszufallen drohe, die dem Lebensalter nach der Jugend am nächsten stehe. Sein Grundsatz sei gewesen, soviel junge Lehrer wie nur möglich in der Arbeit zu erhalten.

Brünings Sieg im Reichstag

294 Stimmen gegen 270.

Auf der Tagesordnung stehen in Zusammenhang mit der fortgesetzten Aussprache über die Regierungserklärung u. a. auch die Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten. In der weiteren Aussprache nimmt zunächst

Abg. Rippel (Chr.-Soz.)

das Wort und erklärt: Die grenzenlose Not ist der beste Schrittmacher der radikalen Flügelparteien. Der Reichskanzler hat in seiner Rede bestätigt, daß die bisherigen Maßnahmen der Regierung dazu dienten, die Selbstkosten der Wirtschaft zu verringern und die Aufgaben der öffentlichen Hand herabzusetzen. Wir lehnen es ab, in ein Reparationssaß ohne Boden zu opfern und die Steuern des Volkes durch Verwaltungskosten verschlingen zu lassen. Wir können in

Wir sind nur der Ueberzeugung, daß an den wesentlichen Dingen, die für das Wirtschafts- und Finanzsystem die festen Klammern liefern, nicht gerüttelt werden darf.

Ich habe in der Aussprache keine andere Gesamtlösung vernommen als die von der Regierung vorgezeichnete. Ich danke allen Ausspracherednern und insbesondere auch dem Führer der Nationalsozialistischen Partei für die Vornehmheit, mit der sie sich meiner Person gegenüber bei aller Kritik eingestellt haben.

Das ist zweifellos auch eine Besserung gegen früher. Hoffentlich wird sie bis in die kleinsten Versammlungen hinausgedehnt (Beif. i. d. Mitte), so daß wir nicht Maßnahmen nötig haben, die wir bestimmt nicht aus Genuß in die Notverordnung hineinnahmen. Es ist auch keine Freude, der Presse Zwangsauflagen zu machen, und ich wünsche den Tag heran, wo es durch freiwillige Selbstkontrolle der Presse möglich sein wird, auf solche Dinge zu verzichten (Beifall in der Mitte).

Man mag mich ruhig angreifen, das soll mich nicht stören. Ich habe mit Bewußtsein in den letzten Wochen nicht mehr in der Oeffentlichkeit gesprochen, weil ich sonst in so scharfer Form gegen die Intrigen und Gehässigkeiten hätte Stellung nehmen müssen, daß ich vielleicht vieles für die Zukunft zerschlagen hätte. Die Linie, die gegangen werden muß, wenn Deutschland gerettet werden soll, wird doch immer eine Linie des Ausgleichs und nicht der Unterdrückung nach der einen oder anderen Seite sein. Ich mußte daher die parteipolitische Basis dieses Kabinetts verengen und gleichzeitig den Herrn Reichspräsidenten vorschlagen, einen Wirtschaftsbeirat zu bilden.

Trotz aller Unpopularität mußten wir den Mut haben, unseren Weg zu gehen. Wenn man an das Erfüllen ohne ausländische Kredithilfe geht, so wird es sich zeigen, daß es nicht möglich ist, in dieser Form und Höhe Reparationen zu bezahlen.

Denkschriften und Reden werden die Welt nicht von der Notlage Deutschlands überzeugen. Es überzeugt allein, wenn eine Regierung den Mut hat, ihre Karten aufzudecken und nicht zu sagen, daß sie mit allem Auferlegten mit einem Schlage brechen will.

Wenn Hitler mutig genug ist, mit die nationale Gesinnung nicht abzusprechen, so frage ich, was hindert dann vier Fünftel dieses Hauses, sich einmal zu entschließen, für ein paar Monate Parteipolitik beiseitezulassen und nur darüber zu reden, wie das Vaterland gerettet werden kann, um endlich Glück und Freiheit zu schaffen (Anh. Beifall und Händeklatschen bei den Regierungsparteien).

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.)

verliest in Anwesenheit der Rechten eine Erklärung, in der u. a. betont wird: Ein Weiterregieren dieses Kabinetts und eine neue Ausschaltung des Reichstags würde eine außen- und innenpolitische Lage von so tragischer Schwere schaffen, daß ein Abgleiten Deutschlands in chaotische Zustände unvermeidlich wäre. Der Mißerfolg der mit nie dagewesenen Vollmachten ausgestatteten Regierung des Kanzlers Brüning liegt klar vor Augen. Er scheiterte, weil er sich aus der Abhängigkeit von der Sozialdemokratie nicht zu befreien vermochte.

Der Bankerott der Außenpolitik ist in erschütternder Weise zutage getreten. Wir erklären erneut, daß wir neue internationale Lasten und Bedingungen, die diese Regierung übernimmt, nicht anerkennen. Die Verantwortung für die Uebernahme solcher Verpflichtungen würde denen zur Last fallen, die diese Regierung stützen.

Wir lassen uns jedenfalls nicht von dem klaren Weg abbringen, auf dem wir Deutschland aus dieser Kerenski-Periode der Halbheiten, aus dem bürokratischen Despotismus dieses Verordnungsstaates in eine starke Zukunft hinüberführen werden (starker Beif. b. d. Dnat. und Nat.-Soz.).

Es folgen die mit größter Spannung erwarteten

Abstimmungen.

Das Haus füllt sich nahezu bis auf die letzten Plätze. Es wird zunächst abgestimmt über die Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten gegen die Reichsregierung.

Mit der nationalen Opposition stimmen für diese Anträge die Kommunisten, der größte Teil des Landvolks, die meisten Mitglieder der Deutschen Volkspartei, die Sozialistische Arbeiterpartei. Dagegen stimmen mit den Regierungsparteien (Zentrum, Bayerische Volkspartei, Staatspartei, Konservative Volkspartei), die Sozialdemokraten, die Wirtschaftspartei, die Christlich-Sozialen, die Volksnationalen und der Bayerische Bauernbund. Enthaltungskarten geben u. a. die deutschhannoverschen Abgeordneten ab. Die Mißtrauensanträge werden mit 294 Stimmen gegen 270 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. (Beif. b. d. Reg.-Parteien.)

Abg. Dingeldey (Dt. Volksp.) gibt eine Erklärung ab, wonach die DVP. es, nachdem sie durch die erste Abstimmung ihre Haltung zum Ausdruck gebracht habe, ablehne, kommunistischen Demonstrationsanträgen zuzustimmen. Im selben Sinne äußert sich Abg. Döbrich (Ldv.).

Das Haus geht dann zur namentlichen Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald über.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819311020-11/fragment/page=0005